Deals mit Terroristen darf man das?

«Menschenleben gerettet»: Experten verteidigen Bundesrat Grabers Deal mit der PLO

VON DENNIS BÜHLER

«Auf Tuchfühlung mit Terroristen», «tollkühner Alleingang», «staatspolitischer Ritt auf der Rasierklinge»: Die «NZZ» sparte in ihrer gestrigen Berichterstattung nicht mit Kritik am vor dreizehn Jahren verstorbenen Bundesrat Pierre Graber. Der sozialdemokratische Chef des heutigen Departements für auswärtige Angelegenheiten habe im Herbst 1970 ein «Stillhalteabkommen» mit der palästinensischen Befreiungsorganisation PLO abgeschlossen, hiess es. Und: Graber habe seine Bundesratskollegen nicht informiert.

Die schwerlich zu überprüfenden Enthüllungen der «NZZ» werfen eine zentrale Frage auf: Darf eine Regierung Deals mit Terroristen tätigen, wenn sie so allenfalls weitere Attentate verhindern und Leib und Leben ihrer Bürger schützen kann?

«Die Wette ist aufgegangen»

Der frühere SP-Nationalrat Jean Ziegler, der den Kontakt zwischen Bundesrat Graber und PLO-Funktionär Kaddoumi eingefädelt hatte, meint: Ja. «Graber hat sich für die Staatsräson - die Verhinderung weiterer Attacken und den Schutz der Bevölkerung - entschieden und dafür den Rechtsstaat gebrochen», sagte er gestern Abend zu Radio SRF. Es möge schockierend und unmoralisch wirken, dass die Täter der Attentate vom Flughafen Kloten und Würenlingen bis



Jean Ziegler als Jungpolitiker. HO



Bundesrat Pierre Graber. KEY

heute ohne Strafe geblieben seien. Doch: «Graber ist eine Wette eingegangen - und diese ist aufgegangen.»

Auch Georg Kreis, emeritierter Geschichtsprofessor der Universität Basel, hat Verständnis für Grabers Vorgehen: Der damalige Aussenminister habe eine Güterabwägung getroffen, sagt er. «Der Nutzen des Deals mit der PLO keine Terroranschläge mehr - erschien ihm zu Recht grösser als allfällige moralische Bedenken, mit dieser Organisation überhaupt zu kooperieren.»

Mit Sacha Zala widerspricht ein weiterer Historiker der negativen Beurteilung Grabers durch die «NZZ»: Das Vorgehen des Bundesrats habe der hohen Kunst der Diplomatie entsprochen, Wünsche wenn immer möglich nicht abzuschlagen. «Das palästinensische Büro in Genf zu dulden, war für die Schweiz kein allzu grosses Wagnis», sagt der Direktor der Forschungsgruppe der Diplomatischen Dokumente der Schweiz, der im Herbst 2013 einen mehr als 600-seitigen Band über die schweizerische Aussenpolitik der Jahre 1970 bis 1972 publiziert hat. Geheimgespräche hätten kaum entscheidenden Einfluss auf die weitere Entwicklung der Beziehungen der Schweiz zur PLO ausgeübt.

Rational handelnde Terroristen

Ein Experte für sinnvollen Umgang mit Terroristen ist Wirtschaftswissenschafter Bruno S. Frey. Auch er stellt alt Bundesrat Graber ein gutes Zeugnis aus: «Er ist ein Geschäft eingegangen, das sich für beide Seiten gelohnt hat», sagt Frey. «Es hat Menschenleben gerettet.» Zwar sei es menschlich nachvollziehbar, dass die Nachkommen der Opfer des Anschlags von Würenlingen bedauerten, dass die dafür Verantwortlichen bis heute nicht zur Rechenschaft gezogen worden seien, sagt der emeritierte Ökonomieprofessor der Universität Zürich. «Aufgerechnet werden muss dies jedoch mit dem Interesse all jener, die nicht gestorben sind und keine Angehörigen verloren haben, weil es auf Schweizer Staatsgebiet keine weiteren Anschläge gab.»

In seinem 2004 erschienenen Buch «Der Umgang mit Terrorismus - Zuckerbrot oder Peitsche» plädierte Frey dafür, mit Terroristen stets das Gespräch zu suchen. Dieser Überzeugung sei er noch immer, sagt der 74-Jährige. «Meistens sind sie zugänglicher und rationaler, als man meint, und wägen Kosten und Nutzen ihrer Handlungen sehr sorgfältig ab.»